

Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter

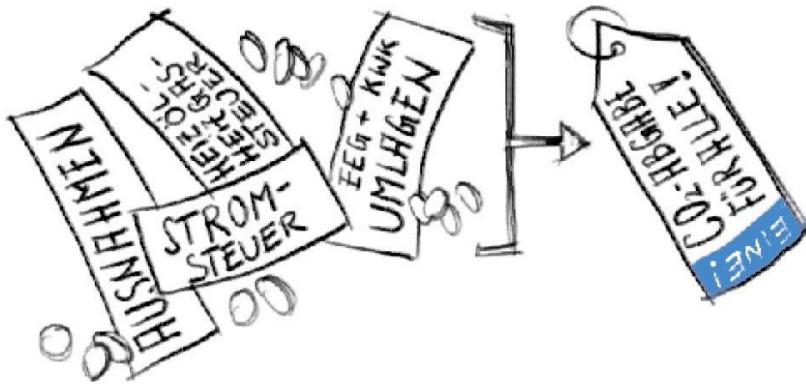
CO₂ Abgabe e.V.

Ulf Sieberg

Leiter Büro Berlin

Ulf.Sieberg@co2abgabe.de

www.co2abgabe.de



CO₂ Abgabe e.V.

Wer wir sind, was uns antreibt und was wir tun.



Wir sind eine Gruppe von über 1.000 Unternehmen, Verbände, Kommunen und Einzelpersonen, die für eine wirksame Lenkungsabgabe auf Treibhausgase (CO_2 u.a.) eintreten, um die zahlreichen Umlagen und Steuern auf Energie in Deutschland am Klimaschutz neu auszurichten. Dazu setzen wir uns für eine verursachergerechte, sozialverträgliche und technologieoffene Umsetzung ein, die Bürokratie abbaut sowie Planungssicherheit und Innovationen fördert.

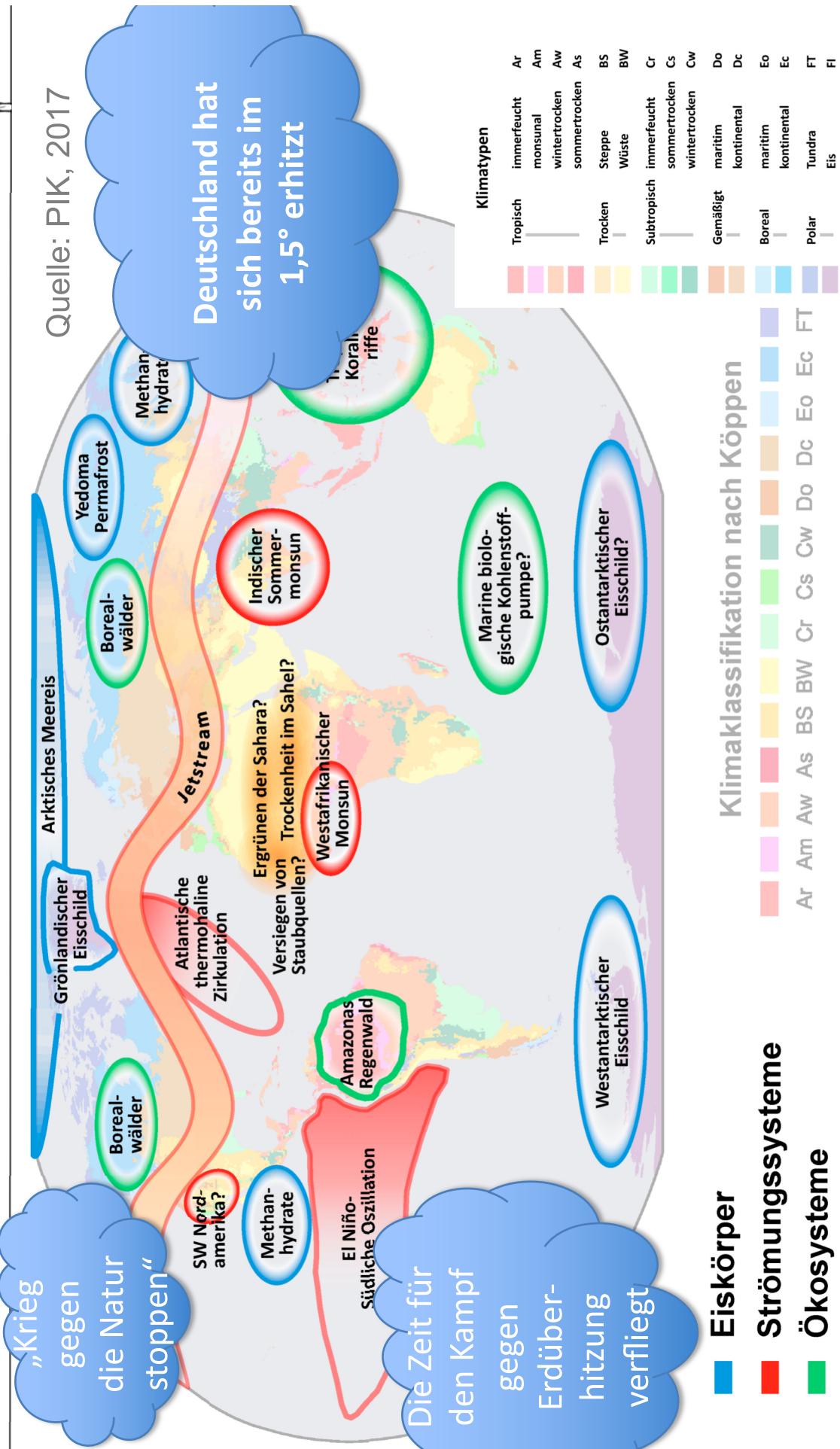


Klima vor dem Kippen

Ab 1,5°C steigt die Wahrscheinlichkeit unumkehrbarer Entwicklungen



„Krieg
gegen
die Natur
stoppen“



Das Ziel des CO₂ Abgabe e.V.



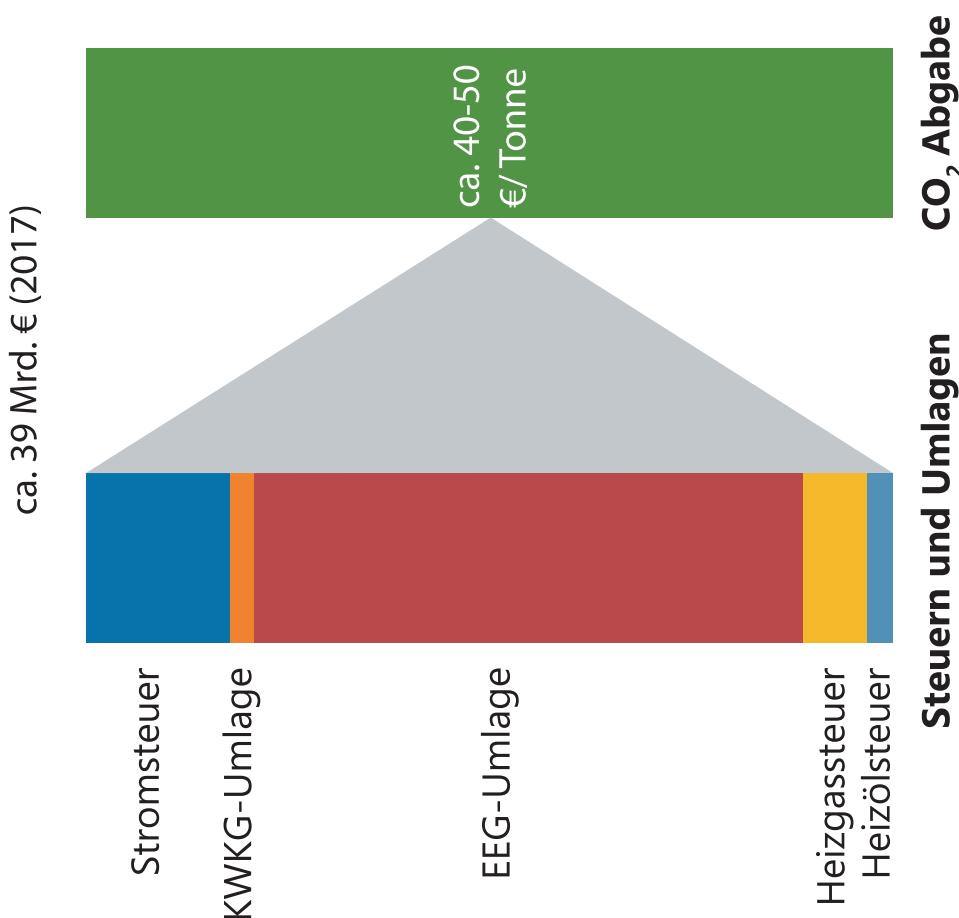
- Die klimaschädliche Fehlanreize der bisherigen Preisbestandteile an den Energiekosten sollen korrigiert und
- Energiepreise verursachergerecht, sozialverträglich, unbürokratisch und technologieoffen am Klimaschutz neu ausgerichtet werden.

Der CO₂-Preis ist nicht alles. Aber ohne CO₂-Preis ist alles nichts.

Die Energiewende ist nicht gerecht. Weder
für Haushalte, noch für den Mittelstand.



ETS-Mindestpreis + Energiesteuerreform + Gegenfinanzierung Steuern & Umlagen = CO₂ Abgabe



Ausgestaltung

- CO₂-Preis (bemessen nach dem Treibhausgaspotential)
- auf alle klimaschädlichen Emissionen fossiler Energieträger, ohne Ausnahme
- technologieoffen, verursachergerecht, sozialverträglich, aufkommensneutral und planungssicher

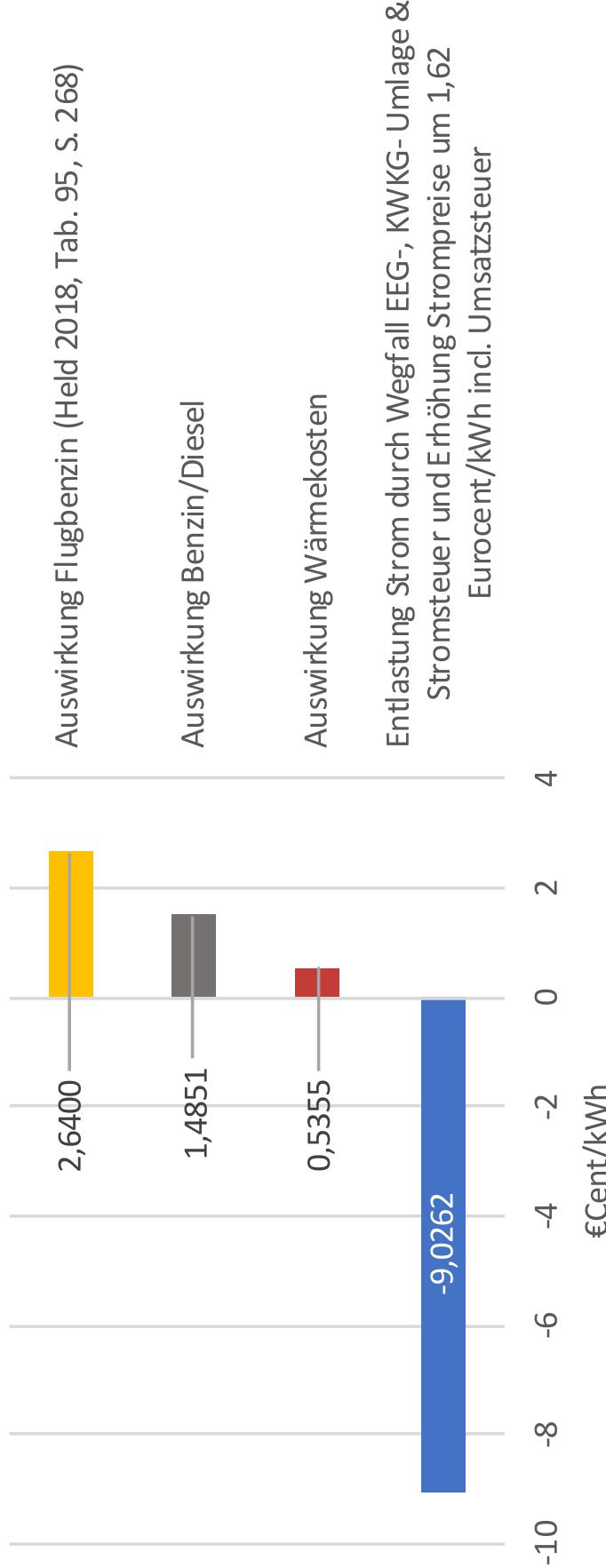
Einnahmenverwendung

- Finanzierung von
 - EEG-Umlage
 - KWKG-Umlage
 - derzeitiger Stromsteuer
 - derzeitige Steuern auf Erdöl und Erdgas

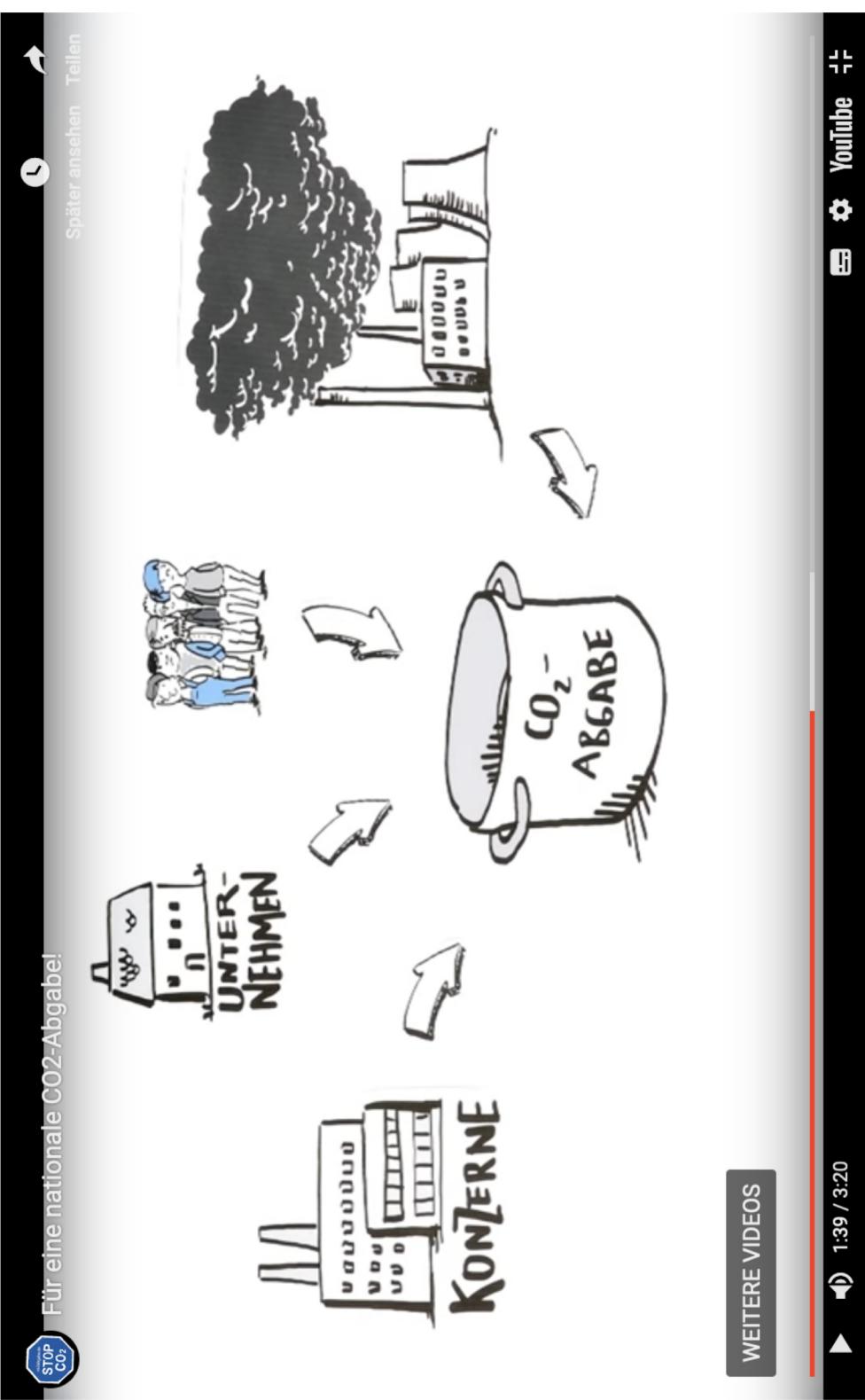
Durch die Neuausrichtung der Steuersätze am Klimaschutz wird die Energiewende sozialverträglich.



- Strom wird günstiger, Kosten für Heizung und Kraftstoffe steigen dagegen.
- Die Auswirkung hängt vom Verhältnis von Stromverbrauch zu Brennstoff- und Kraftstoffverbrauch ab.



Das Konzept des CO₂ Abgabes e.V.



Der Vorschlag der Bundesregierung

Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030

Fassung nach Klimataktik

Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030

A. Ausgangslage

Der Schutz des Klimas ist eine große, globale Herausforderung. Seit Beginn der Industrialisierung ist der Ausstoß insbesondere von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in den Erdatmosphäre konstant angestiegen. Es muss rasch und entschlossen gehandelt werden, um den Anstieg der globalen Erdtemperatur deutlich zu begrenzen. Nur wenn dies gelingt, kann es gelingen, die biologische Anpassungsfähigkeit des Planeten und die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zu erhalten. Auch bei wirtschaftlicher Entwicklung gilt: Je höher der Temperaturanstieg ist, desto erheblicher sind die Kosten für Klimaschäden sowie die erforderlichen Anpassungskosten an den Klimawandel, die bei weitem die Vermeidungskosten übersteigen.

Deshalb haben sich auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris 197 Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen sowie spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland hat sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern auf ein Verfahren geeinigt, in Europa den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 40% gegenüber 1990 zu verringern. Dazu wurden verbindliche europäische Ziele sowie daraus abgeleitete nationale Ziele vereinbart, die bis 2030 erreicht werden müssen. Deutschland setzt sich zudem mit den meisten Mitgliedsstaaten für das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 in Europa ein.

Diese Herausforderung bis 2030 als maßgeblichen Horizon bedeuten einen Wandel in unserer Lebens- und Wirtschaftswweise. Die Bundesregierung sieht in entschlossenem und gemeinsamem Handeln mit den richtigen Prämissen große Chancen für die Wirtschaft-, Innovations- und Beschäftigungsstandort Deutschland. Unternehmen sollen sich frühzeitig auf die Herausforderungen einstellen und die Chancen für Innovation und klimafreundliches Wachstum ergreifen können. Und die Bürgerinnen und Bürger sollen Möglichkeiten erhalten, sich klimafreundlich zu verhalten.

Um die EU-Reduktionsziele für große Emittenten aus den Sektoren Industrie und Energie sowie den EU-Flugverkehr gemeinsam zu erreichen, wurde bereits 2005 in der EU ein Emissionshandlungssystem (ETS) eingerichtet. Damit werden EU-weit die Emissionen aus diesen Bereichen bis 2030 um 43% gegenüber 2005 reduziert. Die EU ist mit diesen Anstrengungen nicht allein. Weltweit wurde bereits eine Vielzahl solcher Emissionshandlungssysteme etabliert.

Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in den übrigen Sektoren Verkehr, Gebäude, Kleinindustrie, Landwirtschaft und Abfall (sog. Non-ETS-Bereiche) liegt in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten, die sich im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung verpflichtet haben, definisierte Jahresbudgets für den CO₂-Austausch zu erhalten. Deutschland hat sich verpflichtet, seine Emissionen im Non-ETS-Bereich bis 2030 um 38% gegenüber 2005 zu mindern. Die Einhaltung der Einsparziele ist für jedes einzelne Jahr verbindlich. Erreicht ein Mitgliedsstaat die Ziele nicht, muss er für entsprechende CO₂-Emissionszuweisungen durch Zukauf von anderen Mitgliedsstaaten sorgen.

Deutschland hat bereits umfangreiche Maßnahmen im Klimaschutz ergriffen. Zur Erreichung der notwendigen CO₂-Einsparung sind jedoch weitere nationale Anstrengungen notwendig. Diese sind bereits im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung angelegt und werden jetzt durch das Klimaschutzprogramm 2030 konkretisiert und noch in diesem Jahr gesetzlich umgesetzt.

Die Bundesregierung hat im Klimaschutzplan 2050 für die notwendige Emissionsminde rung Sekt orzie fe stgelegt. Dies folgt aus der Überzeugung, dass die Zielerreichung nur dann realistisch möglich ist, wenn in allen Bereichen gehandelt wird. Gleichzeitig gilt das ökonomische Prinzip, dass die Ziele dann

1

I. Einführung einer CO₂-Bepreisung (§ 1)

Die Bundesregierung wird ab 2021 eine CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme (Non-ETS-Sektor) einführen. Das nationale Emissionshandlungssystem (nEHS) erfasst die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brenn- und Kraftstoffe (insbesondere Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin, Diesel). Dabei umfasst das System im Sektor Wärme die Emissionen der Wärmeerzeugung des Gebäudesektors und der Energie- und Industrieanlagen außerhalb des EU-Emissionshandlungssystems (EU ETS). Im Verkehrssektor umfasst das System ebenfalls Emissionen aus der Verbrennung fossiler Kraftstoffe, jedoch nicht den Luftverkehr, der dem EU-ETS unterliegt.

Zunächst wird ein Festpreissystem eingeführt, bei dem Zertifikate auf der vorgelegerten Handelsbörse an die Unternehmen, die die Heiz- und Kraftstoffe in Verkehr bringen, verkauft werden.

Dadurch entsteht ein verlässlicher Preispfad, der es Bürgern und Wirtschaft ermöglicht, sich auf die Entwicklung einzustellen. Gleichzeitig wird eine Handelsplattform aufgebaut, die eine Auktionierung der Zertifikate und den Handel ermöglicht.

Im Jahr 2021 werden Zertifikate zu einem Festpreis von 10 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben.

Im Jahr 2022 werden Zertifikate zu einem Festpreis von 20 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben.

Im Jahr 2023 werden Zertifikate zu einem Festpreis von 25 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben.

Im Jahr 2024 werden Zertifikate zu einem Festpreis von 30 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben.

Im Jahr 2025 werden Zertifikate zu einem Festpreis von 35 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben.

Werden in einem Jahr mehr Zertifikate ausgegeben, als es den Emissionszuweisungen für Deutschland entspricht, müssen aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten solche zugekauft werden.

Ab 2026 wird eine maximale Emissionsmenge festgelegt, die von Jahr zu Jahr geringer wird. Diese ergibt sich aus den im Klimaschutzplan 2050 und den EU-Vorgaben festgelegten Emissionsbudgets für die deutschen Non-ETS-Sektoren. Analog zum Verfahren im europäischen ETS-System müssen die betroffenen Unternehmen ihre CO₂-Emissionen durch Zertifikate abdecken, die sie im Rahmen von Auktionen oder auf einem Sekundärmarkt erwerben. Der Zertifikatepreis bildet sich grundsätzlich am Markt, außer wenn der Höchstpreis überschritten oder der Mindestpreis unterschritten wird.

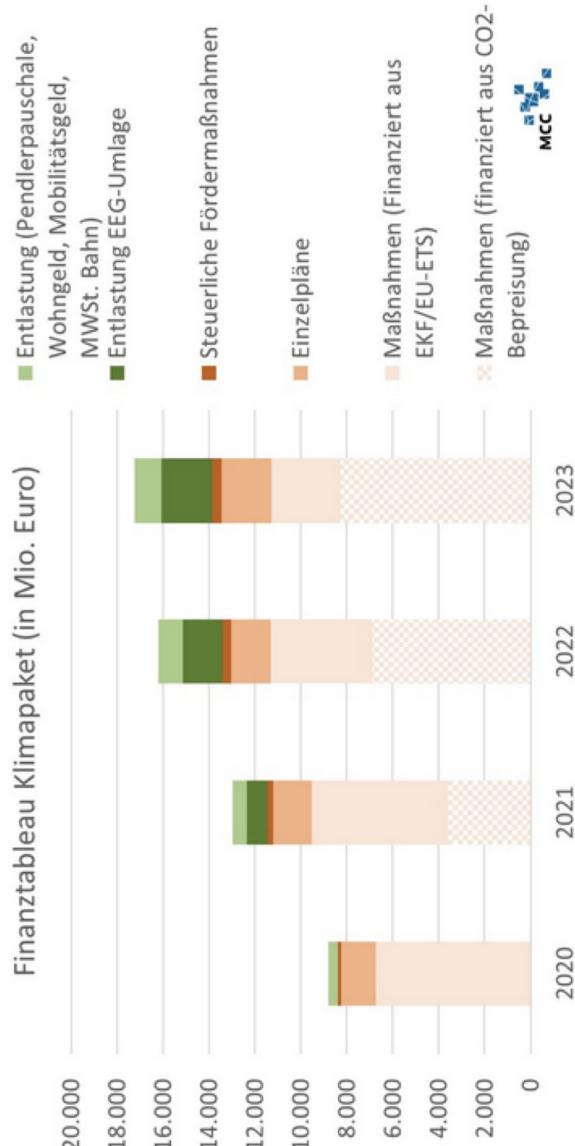
Im Jahr 2026 erfolgt die Auktionierung der Zertifikate in einem Korridor zwischen einem Mindestpreis von 35 Euro pro Tonne CO₂ und einem Höchstpreis von 60 Euro pro Tonne CO₂.

Im Jahr 2025 wird festgelegt, inwieweit Höchst- und Mindestpreise für die Zeit ab 2027 sinnvoll und erforderlich sind.

Alle zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung kommen den oben genannten Klimaschutzfördermaßnahmen zu Gute oder werden als Entlastung den Bürgern zurückgegeben.



Entlastung von Wählergruppen, nicht von einkommensschwachen Haushalten



- Großteil der CO2-Preis Einnahmen zur **Finanzierung sonstiger Maßnahmen**
- Je geringer die Rückverteilung, desto geringer die **Unterstützung** für CO2-Bepreisung*

*Carattini et al. 2017: Green Taxes in a Post-Paris World: Are Millions of Nays Inevitable? Environmental and Resource Economics, 68(1), 97–128.

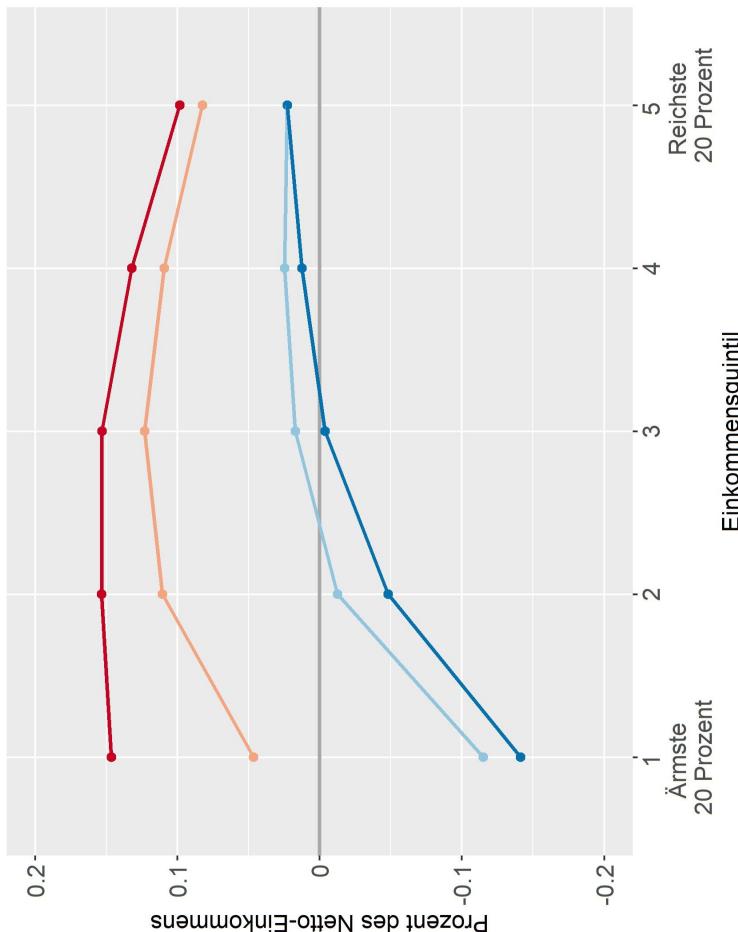
Eigene Darstellung und Berechnung. Quellen: BMF (*Finanztableau Klimakabinett und Überblick Wirtschaftsplan Energie- und Klimafonds*) und Deutscher Bundestag (*Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht*).

Quelle: MCC/PIK

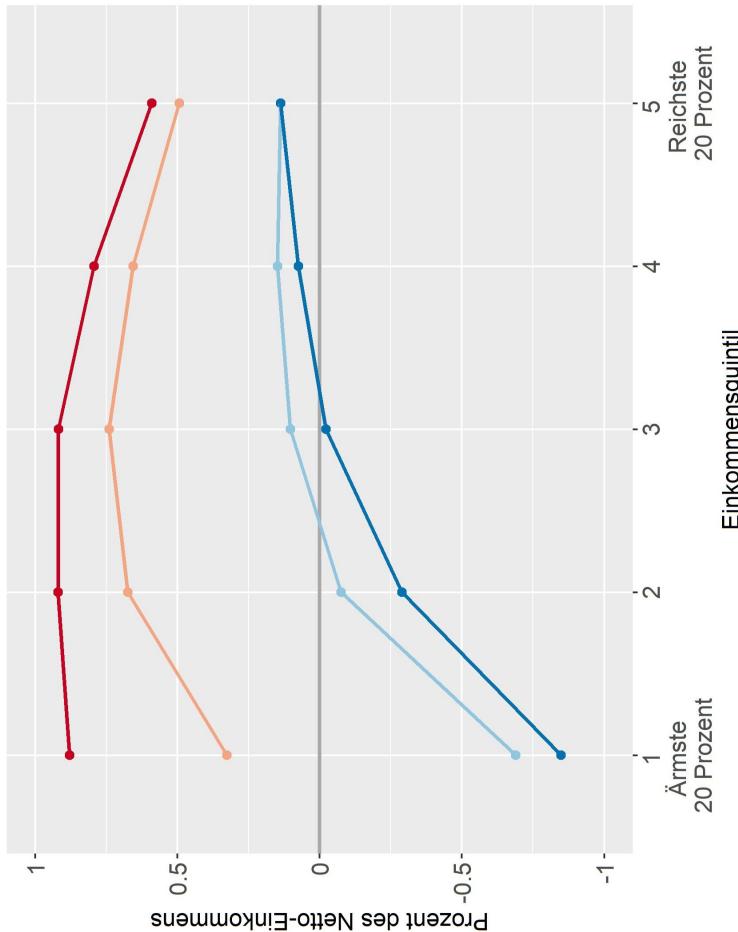
Statt ent- werden einkommensschwache Haushalte belastet.



Belastung 2021 (CO₂-Preis von 10 Euro)
Verschiedene Optionen zur Rückerstattung



Belastung 2026 (CO₂-Preis von 60 Euro)
Verschiedene Optionen zur Rückerstattung



Haushaltseinkommen äquivalenzgewichtet; basierend auf EVS 2013

Haushaltseinkommen äquivalenzgewichtet; basierend auf EVS 2013

Quelle: MCC

Vergleich der Vorschläge des CO₂ Abgabe e.V. und der Regierungsbeschlüsse



CO ₂ Abgabe e.V.	Beschlüsse	Bewertung BReg
Energiesteuerreform + CO ₂ -Mindestpreis für Strom & Industrie	2021-2025 ETS mit Fixpreis, 2026 ETS mit Preiskorridor, 2027?	verfassungswidrig 👉
Höhe des Preises: 40€ (2020), ansteigend um 5€ p.a. bis 2050	10€/t (2021), 35-60€/t (2026), ab 2027 ?	ohne Lenkung keine Planungssicherheit 👉
Finanzierung von EEG- und KWKG-Umlage, Heizöl- und Heizgassteuer, Stromsteuer EU-konform absenken	Red. EEG-Umlage um 0,625 Cent/kWh bis 2023 Mobilitätsprämie, Entfernungspauschale, ~20% der Einnahmen	sozial ungerechte Entlastung Negative Klimawirkung 👉
EU-ETS Mindestpreis 40€/t, p.a. um 5€ steigend	modererter EU-ETS Mindestpreis mit anderen Ländern geplant	Zeitpunkt & Wirkung unklar 😞

Die Bundesregierung verfehlt ihre und die notwendigen Ziele.



Treibhausgasemissionen Deutschland					Ziel Deutschland -55% 1990-2030				Ziel Deutschland -95% 1990-2050 (Szenario Klima-Opt Nitsch 2019)			
Sektoren	1990	2005	2018	Einsparung 2005-2018	2030	2018-2030	pro Jahr	2050	2030	2018-2030	pro Jahr	
				Mt CO2äq			Mt CO2äq				Mt CO2äq	
EHS					-55% (1990-2030)							
Energiewirtschaft	457	390	300	90	6,9	2,0%	206	94	8	3,1%	23	
Industrie	188	125	125	0	0,0	0,0%	85	40	3	3,3%	9	
EHS Gesamt	645	515	425	90	6,9	1,5%	290	135	11	3,2%	32	
Nicht EHS												
Energiewirtsch. und Industrie	106	73	82	-9	-0,7	-0,9%	48	35	3	4,6%	5	
Gebäude	210	154	117	37	2,9	2,1%	95	22	2	1,8%	11	
Verkehr	163	160	161	-1	-0,1	-0,1%	73	88	7	6,6%	8	
Landwirtschaft/Sonstige	128	91	80	11	0,8	1,0%	58	23	2	2,8%	6	
Nicht-EHS Gesamt	607	478	441	37	2,9	0,6%	273	168	14	4,0%	30	
EHS+Nicht EHS Gesamt	1252	993	866	127	9,8	1,1%	563	302	25	3,6%	63	



>-95%
1,5° Ziel



Ziel Klima-
kabinett 2030

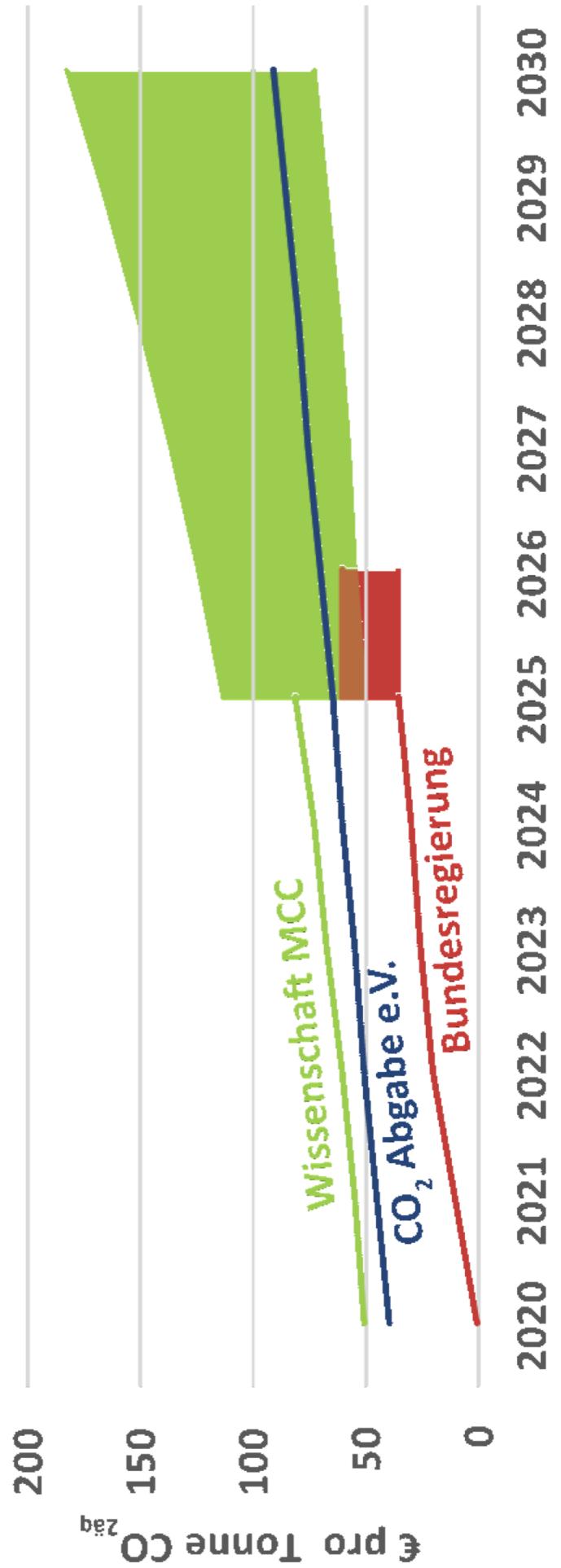


2005-2018

CO₂-Preis MIT Lenkungswirkung



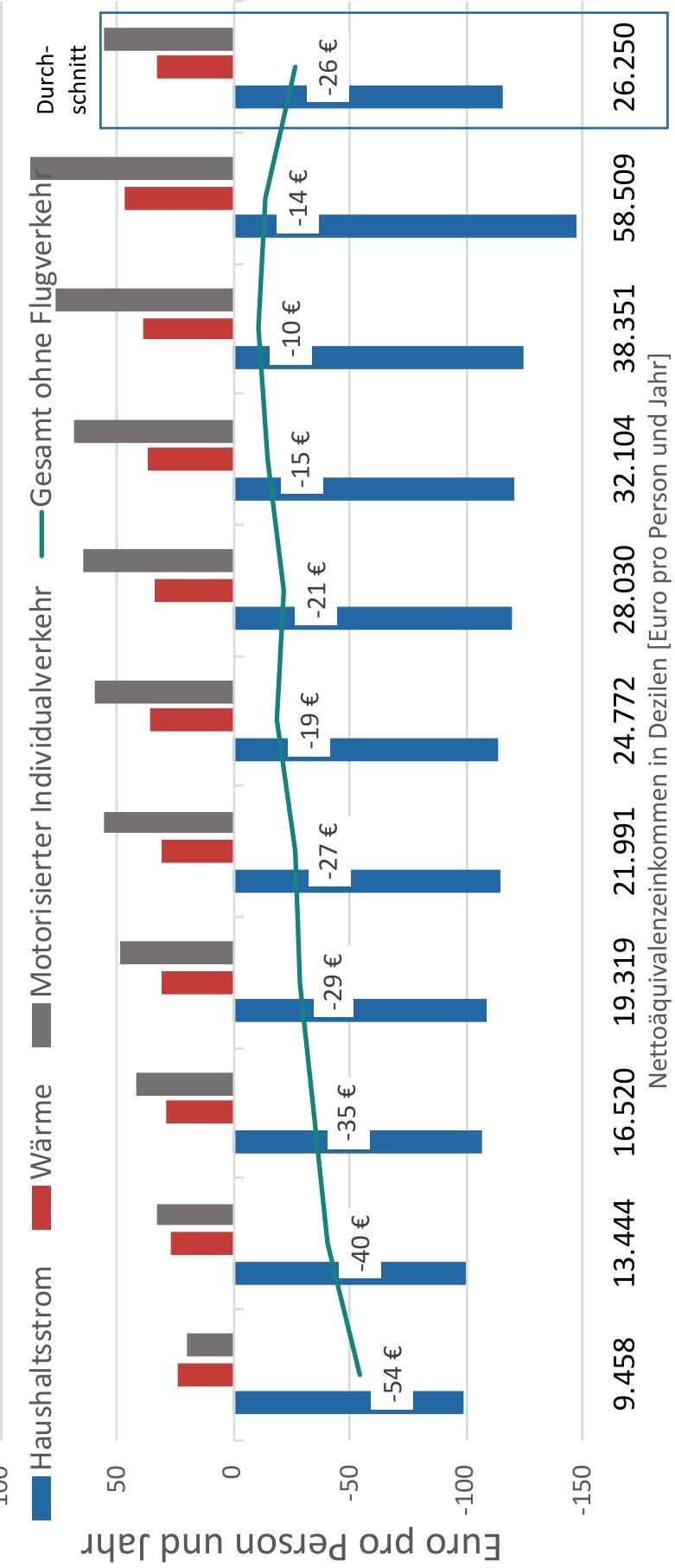
- Auf die Höhe und einen verlässlichen Anstiegspfad des CO₂-Preises kommt es an!
- Bis 2030 bringt der CO₂-Mindestpreis im Europäischen Emissionshandel Sektor Stromerzeugung die größte CO₂-Minderung.
- Ab 2030 steigt auch der Anteil der CO₂-Minderung in den Sektoren Wärme und Verkehr durch einen steigenden CO₂-Preis.



CO₂-Preis sozial gerechter



Wirkungen und Verteilungseffekte bei 40 Euro pro Tonne CO_{2e} (in Euro Eigene Berechnungen pro Jahr und Person) ohne Flugverkehr.



Auswertung der Energieverbräuche (Zensusdaten) der Bereiche Haushaltstrom, Wärme, MIV und Flugzeug nach Nettoäquivalenzeinkommen in Dezilen nach den aggregierten Tabelle 145 aus Held (2018, Seite 396)
<http://www.ub.uni-heidelberg.de/archiv/25200>

CO₂-Preis rechtssicherer umsetzen



- Anpassung der Energiesteuersätze an das Treibhausgaspotential verfassungskonform umsetzbar

IKEM und Prof. Dr. Michael Rodi

NOVEMBER 2019

Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs zum Brennstoffemissions- handelsgesetzes (BEHG-E)

Rechtswissenschaftliches Kurzgutachten und Stellungnahme

Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter



Unternehmen für ein
leistungsfähiges Klimapaket

START MITMACHEN UNTERZEICHNER

www.unternehmenfuerklima.de

Auftruf an die
Bundesregierung!

>2.400 Unternehmen fordern leistungsfähiges,
zukunftssstarkes Klimapaket



Das Klimapaket der Bundesregierung ist weder leistungsfähig noch zukunftsstark. Die Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen werden mit ihm nicht ansatzweise erreicht. Außerdem gibt das Klimapaket der deutschen Wirtschaft nicht die notwendigen Impulse, um im internationalen Wettbewerb um die Märkte der Zukunft zu bestehen. Als Unternehmen fordern wir darum die Politik auf, das Paket dringend nachzubessern. Wir brauchen einen ambitionierten Rahmen, um zum dynamischsten Leitmarkt für Klimatechnologien und nachhaltige Innovationen aufzusteigen.

Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter



**Aufruf an die
Bundesregierung!**

Unternehmen fürs Klima

Auf Initiative der GLS Bank in Zusammenarbeit mit dem CO₂ Abgabe e.V. fordern wir der Bundesregierung noch bis 29. November ein leistungsfähiges und zukunftsstarkes Klimapaket. Bitte senden Sie den Aufruf an interessierte Unternehmen. Vielen Dank.

JETZT MITMACHEN bis zum 29.11.2019!

[Zum Aufruf](#)

Bericht aus Berlin



Bundestag beschließt unwirksamen und ungerechten CO₂-Preis

Der Deutsche Bundestag hat am 15. November mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) beschlossen. Mit dem BEHG soll zunächst ein Festpreis-Emissionshandel in den Bereichen Wärme und Verkehr eingeführt werden, der später in einen Emissionshandel übergehen soll. Zahlreiche Experten und wir halten das Gesetz für unwirksam, sozial ungerecht und verfassungswidrig.

[Weiterlesen](#)



Bundesrat fordert Änderungen am CO₂-Preis

Am 29. November berät der **Bundesrat** (unter TOP 2/b) erneut über das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). Bereits zuvor hatte der Bundesrat deutlich gemacht, dass er beide Gesetze für unzureichend hält. Viele Forderungen entsprechen denen des CO₂-Abgabe e.V. Allerdings ist das BEHG seitens der Bundesländer nicht zustimmungspflichtig.

[Weiterlesen](#)



Viele Juristen, eine Meinung: CO₂-Preis der Regierung stößt auf Verfassungsbedenken

In der Anhörung des Umweltausschuss des Deutschen Bundestages vom 6. November wurde deutlich, dass alle bislang vorliegenden Rechtsgutachten erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Brennstoffemissionshandelsgesetz der Bundesregierung erheben.

[Weiterlesen](#)

Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter



Mitgliedsbeiträge		
Art	Betrag	
Einzelpersonen / Haushalte	60 €	pro Jahr
Verbände, Vereine	100 €	pro Jahr
Unternehmen	1. Jahr Aufnahmegerühr (einmalig)	10 € pro Mitarbeiter (mindestens jedoch 100 € pro Jahr)
	ab dem 2. Jahr	100 €
Kommunen	1 Cent/Einwohner und Jahr, mindestens jedoch 200 EUR, maximal 15.000 EUR/Jahr und Kommune	
	Zum Mitgliedschaftsantrag für Unternehmen	
	Zum Mitgliedschaftsantrag für Kommunen / Gemeindeverbände	

**Werden Sie Mitglied unter
<https://co2abgabe.de/mitglied-werden/>**
oder
unterstützen Sie uns mit einer Spende
Kontoverbindung
GLS Bank
IBAN DE56 4306 0967 7928 4762 00
Verwendungszweck „Spende“

Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter



**1,5° -Begrenzung: Eine Mehrheit für wirksamen
Klimaschutz im nächsten Bundestag!
www.germanzero.de**



Unsere Mission ist ein klimaneutrales Deutschland bis spätestens 2030.

Dafür werden wir ein 1,5°-Gesetzespaket liefern inklusive einer CO2-Steuerreform, einem umfangreichen Maßnahmenbündel und dem im Grundgesetz zu verankernden Klimaschutz.

Klimaschutz ist ein Job für Profis? Den Ruf nehmen wir auf und bauen zusammen mit Tausenden von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern den nötigen Druck auf, damit das 1,5°-Gesetzespaket 2022 mit einer 2/3-Mehrheit im Bundestag beschlossen wird. Denn das ist die erste und die letzte Chance, das Ruder noch herumzureißen.

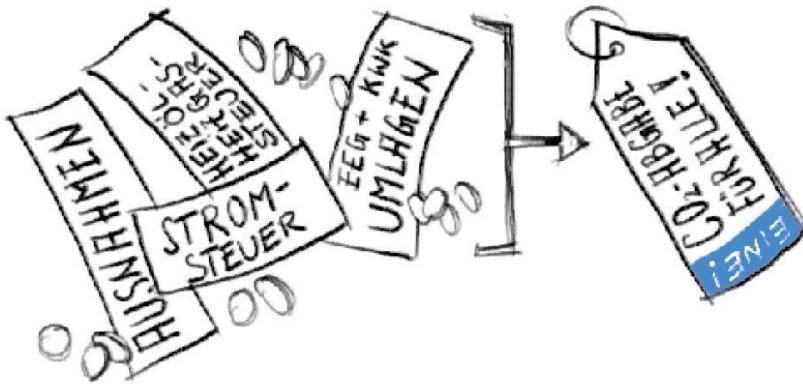
Unser Job Unser 1,5°-Gesetz Wer wir sind Mitmachen Spenden

German
Zero

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Preise auf #CO₂: Wirksamer, rechtssicherer & sozial gerechter



CO₂ Abgabe e.V.

Ulf Sieberg

Leiter Büro Berlin

Ulf.Sieberg@co2abgabe.de

www.co2abgabe.de